

Baukonjunktur in Ostdeutschland schwächt sich ab

- Nachfrage nach Bauleistungen bricht ein
- Bautätigkeit verliert zunehmend an Dynamik
- Unternehmen rechnen mit Umsatzeinbruch in 2021

Im Jahresverlauf nahmen 2020 die Nachfrage nach Bauleistungen und die Bautätigkeit im Vorjahresvergleich ab. „Seit dem zweiten Quartal zeigten sich sowohl bei der Auftragslage als auch bei der Umsatzentwicklung zunehmend negative Auswirkungen der Corona-Krise. Am Ende des dritten Quartals hat sich die Baukonjunktur in Ostdeutschland nun deutlich eingetrübt“, erklärte **Dr. Robert Momberg**, Hauptgeschäftsführer des Bauindustrieverbandes Ost e. V. (BIVO), nach Bekanntgabe der Septemberergebnisse im Bauhauptgewerbe für Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten durch das Statistische Bundesamt.

➤ Nachfrage nach Bauleistungen bricht ein

Das Gesamtauftragsvolumen des ostdeutschen Bauhauptgewerbes betrug im Zeitraum Januar bis September 2020 13,0 Mrd. Euro. Das waren 4,5 Prozent weniger als 2019. „Der Nachfragerückgang hat sich im dritten Quartal insgesamt verstärkt“, kommentierte Momberg das Ergebnis. Besonders dramatisch gestaltete sich die Auftragsentwicklung im **Wohnungsbau**. Hier sanken die Order zwischen Januar und September im Vergleich mit 2019 um 13,6 Prozent auf 2,4 Mrd. Euro ab. Im **Wirtschaftsbau** verlief die Entwicklung ähnlich, aber weniger drastisch. Mit einem Volumen von 5,2 Mrd. Euro verzeichnete er ein um 5,9 Prozent schlechteres Ergebnis als im Vorjahreszeitraum. Die Nachfrage im **Öffentlichen Bau** wurde mit 5,4 Mrd. Euro per September zwar um 1,9 Prozent übertroffen. Allerdings wurde der Nachfragezuwachs ausschließlich vom Hochbau getrieben. Der Auftragseingang im **Straßenbau** brach unterdessen um 6,9 Prozent auf 2,4 Mio. Euro ein.

➤ Bautätigkeit verliert zunehmend an Dynamik

Das Bauhauptgewerbe in Ostdeutschland erzielte vom ersten bis dritten Quartal 2020 Gesamtumsatzerlöse in Höhe von 14,1 Mrd. Euro, was einem Plus von 2,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr entsprach. „In allen Sparten hat sich das Wachstum am Ende des dritten Quartals gegenüber dem Stand des ersten Halbjahres abgeschwächt. Die Bauunternehmen arbeiten angesichts der schlechten Lage bei Neuaufträgen gegenwärtig ihre Auftragsbestände ab,“ so **Momberg**. Im **Wohnungsbau** stiegen die Erlöse auf 3,3 Mrd. Euro an, was einem Plus von 2,4 Prozent zum Vorjahr entsprach. Im **Wirtschaftsbau** lag der Umsatz per September 2020 mit 5,8 Mrd. Euro um 2,2 Prozent über dem Wert von 2019. Im **Öffentlichen Bau** verzeichnete das ostdeutsche Bauhauptgewerbe Umsatzeinnahmen von knapp 5,0 Mrd. Euro. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum bedeutete das einen Zuwachs von 3,8 Prozent. Allerdings verfehlte die Bautätigkeit im **Straßenbau** mit 2,2 Mio. Euro das Vorjahresergebnis um 3,5 Prozent.

➤ Unternehmen rechnen mit Umsatzeinbruch in 2021

In der aktuellen Mitgliederumfrage des BIVO rechnen zwar 49,1 Prozent der Bauunternehmen 2020 mit Umsatzeinbußen, aber auch 45,5 Prozent mit einem Umsatzplus gegenüber 2019. Die übrigen Firmen erwarten ein Umsatzergebnis auf Vorjahresniveau. „Entsprechend dieser Befragung gehen wir gegenwärtig davon aus, dass das Jahresergebnis 2020 durch eine schwarze Null gekennzeichnet sein wird. Erfreulich ist, dass auch die Beschäftigungssituation im Bauhauptgewerbe weitestgehend stabil bleibt“, so **Momberg**.

Besorgnis äußert er allerdings mit Blick auf die Bautätigkeit im kommenden Jahr. Die Auftragsbestände seien weitestgehend abgearbeitet. Die Unternehmen schauen daher mit Sorge auf das kommende Jahr. 53 Prozent rechneten mit einem Umsatzrückgang in 2021, während nur ein Viertel der Unternehmen höhere Umsätze erwarte. „Daher ist es zwingend erforderlich, dass Bund, Länder und Kommunen die Haushaltspläne für 2021 zügig verabschieden und alle Investitionsanstrengungen unternehmen, um den Wirtschaftsstandort Deutschland langfristig zu beleben und zukunftsfähig zu stärken“, so Momberg abschließend.

Der Bauindustrieverband Ost e. V. (BIVO) vertritt die Interessen von 260 Bauunternehmen mit 20.000 Beschäftigten in den Ländern Berlin, Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt.

Potsdam, 26.11.2020